

Titel

Die Erkenntnisse der eigenen Forschung nicht weiter negieren

ZUM FORSCHUNGSSTAND ZU
ABSTIMMUNGSANALYSEN UND DEN
FOLGERUNGEN DARAUS FÜR DEN
VERBAND

Claude Longchamp, Politikwissenschaftler,
Institutsleiter gfs.bern



"Umfragen zu schweizerischen Volksabstimmungen sind nicht möglich. Die Sonntagsfrage hat sich in der Schweiz nicht bewährt." Diese und ähnliche recht apodiktische Aussagen habe ich Ende der 70 Jahre in meinem sozialwissenschaftlichen Studium zuhauf gehört. Ende der 90er Jahre habe ich nach rund 10 Jahren Forschung auf eben diesem Gebiet versucht, meine Erkenntnis zusammenhängend zu formulieren und komme zum gegenteiligen Schluss. Auch schweizerische Volksabstimmungen kann man analysieren, aber nur mit einer umfassenden Analyse, die der eigens hierfür Dispositionsansatz liefert.

Jede Ausführung zum Dispositionsansatz muss tatsächlich mit einem Dementi beginnen: Die Meinungen der Bürgerschaft zu Volksabstimmungen sind alles andere ausgeprägt und stabil. Vielmehr sind sie in der Regel dynamisch. Die feststellbaren Bewegungen sind jedoch nicht beliebig, und sie kommen auch nicht in unendlich grosser Zahl vor. Vielmehr kann man einige wenige idealtypische Verläufe der Meinungsbildung bei Volksabstimmungen bestimmen und sie auf bestimmte Ursachen zurückführen. Wer diese Zusammenhänge kennt, und mit genügender Umsicht anwendet, der kann mit genügender Vorsicht Prognosen machen.

Ursachen der Variabilität von Stimmabsichten vor Volksabstimmungen

Im Vergleich zu Reihen von Wahlbefragungen, wo in der Regel die Konstanz vor den Entscheidungen herrscht, frappieren Befragungsserien zum Volksabstimmungen zunächst: Die Ausschläge sind grösser, und ihre Richtungen sind vielfältiger. Die Entwicklungen sind auch nicht zwingend linear; vielmehr gibt es Wendemomente, wo ein Trend, der eine Weile galt, gestoppt oder in sein Gegenteil gekippt wird. Vergleiche zwischen zwei Serien sind zudem schwieriger, als dies bei den regelmässig wiederkehrenden und in der Konstellation häufig ähnlichen Wahlen der Fall ist. Denn womit will man vergleichen: mit dem Konfliktmuster im Parlament oder mit dem Themenbereich der Abstimmung?

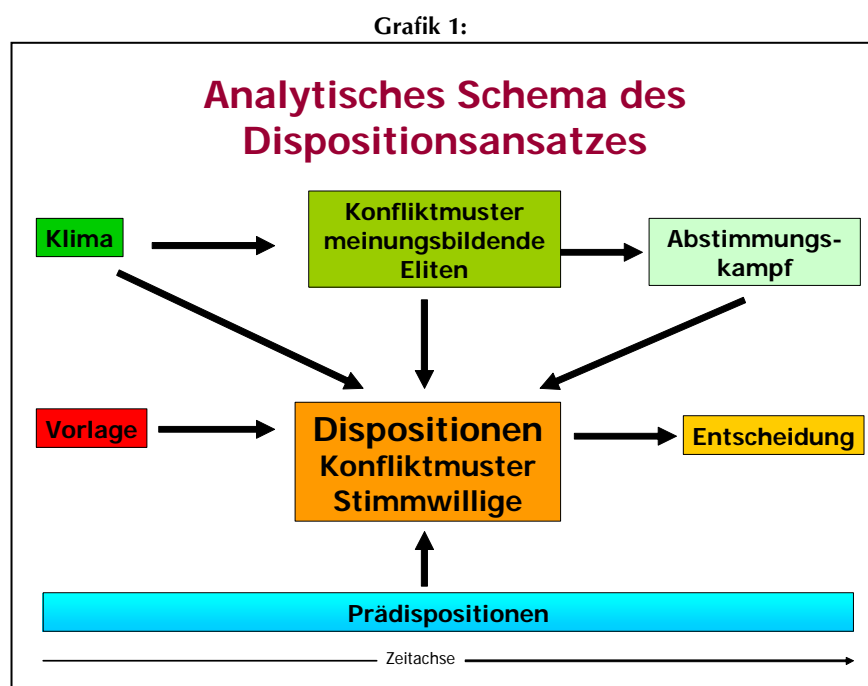
Das alles rät zunächst, die im "common sense" vorherrschenden Hypothesen gründlich in Frage zu stellen: Abstimmungsergebnisse können eben nicht aus einer Einmalbefragung extrapoliert werden, die irgendwann im Vorfeld der Entscheidung gemacht worden ist. Vielmehr kommt es auf den Zeitpunkt selbst an: Haben Bundesrat und Parlament schon entschieden, oder ist dies noch nicht der Fall gewesen? Hat der Abstimmungskampf schon eingesetzt, oder befindet man sich noch in der Vorphase? Das alles kann den Stand der Meinungsbildung beeinflussen, und damit auch die Umfrageergebnisse.

Allerdings ist das nicht alles. Berücksichtigen muss man auch das Umfeld einer Entscheidung, das Ergebnis der Willensbildung in Regierung und Parlament, die Positionsbezüge der Parteien und die Medienkampagnen. Und das alles reicht immer noch nicht, denn Abstimmungsergebnisse sind nicht nur das Produkt der Aktivitäten, die Akteure im Willens- und Meinungsbildungsprozess entfalten. Vielmehr sind sie das Produkt davon, und der Schematas, auf deren Basis das alle gelesen wird: Ist man an sich regierungstreu oder skeptisch? Welche Probleme sieht man im Zusammenhang mit dem Abstimmungsthema? In welche Masse entscheidet man spontan, oder als Folge eines Informationsverarbeitungsprozesses? Und schliesslich: In welchem Masse kann man

aufgrund der eigenen Alltagserfahrungen eine Fragestellung bewältigen resp. muss man sich auf Drittmeinungen stützen?

Die zentrale These des Dispositionsansatzes

Erst all das führt zur zentralen These des Dispositionsansatzes. Sie lautet: Abstimmungsergebnisse stehen in der Regel nicht ein für alle Male fest. Vielmehr sind sie das Produkt aus Prädispositionen und Informationen. Mit Prädispositionen meinen wir den Meinungsstand, wie er aufgrund der Alltagserfahrungen mit einem Thema und unter normaler, das heißt schwacher Medieneinwirkung existiert. Es geht hier um die Meinungsbildung ohne spezifischen Abstimmungskampf. Unter Informationen verstehen wir alles, was zur Meinungsbildung in einem bestimmten Umfeld zur Verfügung gestellt wird, sei das an Inhalten, an Botschaften oder an Profilen des Pro- oder Kontras.



Das so entwickelte Schema ist schon wesentlich realistischer; genau genommen ist es aber unverändert abstrakt, denn Prädispositionen wie auch die Leseweise von Informationen hängen auch vom Umfeld der Entscheidung ab, die wir mit allgemeinem politischem Klima umschreiben können. Vor allem bei längeren Prozessen der Meinungsbildung oder auch im Vergleich von Abstimmungen, die recht weit auseinander liegen, gilt es, diesen Punkt zu beachten. Formalisiert wurden all diese Faktoren im untenstehenden Schema des Dispositionsansatzes.

Dispositions- statt Einstellungsanalysen notwendig

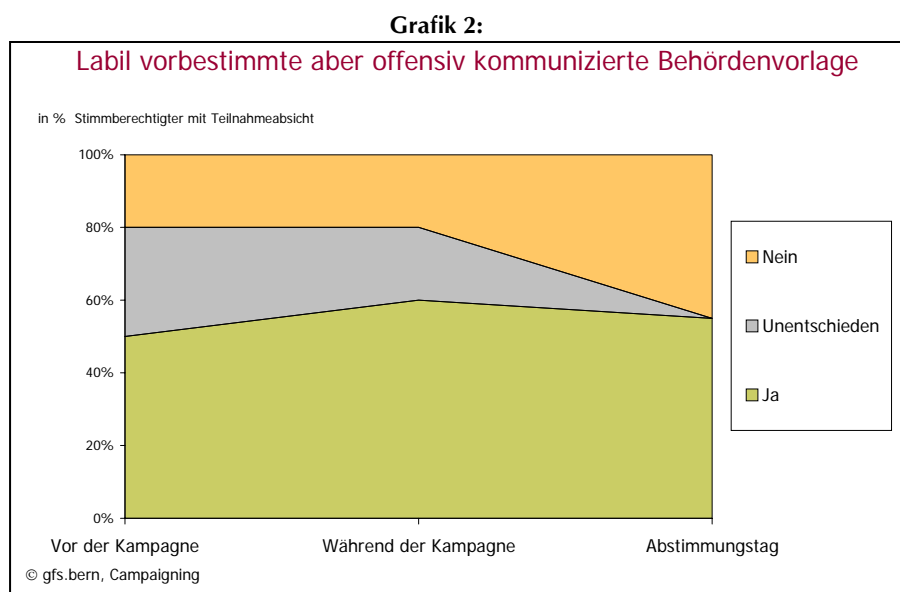
Was jetzt fehlt sind die Formen der Entscheidungsfindungen selber. Auch hier gilt es vor zu einfachen Vorstellungen zu warnen: Entscheidungen lassen sich nicht einfach mit dem Instrumentarium der Einstellungsforschung analysieren. Diese unterscheidet in der Regel zwar zwischen kognitiven, affektiven und konativen Aspekten, sprich zwischen Wissen, Gefühlen und Bewertungen, doch macht sie selten genug hinreichend eindeu-

tige Hypothesen, wie die Komponenten aufeinander wirken. Das hat uns zum Konzept der Dispositionen geführt, - der vorläufigen Entscheidungsabsicht. Sie ist intentionaler als Einstellungen, denn sie bezieht sich auf die zu treffende Entscheidung, egal unter welchen Aspekten diese gesehen wird. Entscheidungsabsichten sind aber auch weniger als Entscheidungen selber. Diese sind gefällt und soweit unabänderlich. Genau das sind Entscheidungsabsichten (noch) nicht. Aus ihnen entstehen im Verlaufe des Meinungsbildungsprozesses Entscheidungen erst.

Wir kennen verschiedene Zustände und Richtungen der Entscheidungen. Auf aggregierter Ebene können wir zwei generelle Prozesse unterscheiden: den Meinungsaufbau und den Meinungswandel. Im ersten Fall entwickelte sich die Meinungsbildung von einer neutralen oder weitgehend unbestimmten Position hinzu einer spezifisch gerichteten Entscheidung. Die Dispositionen sind in diesem Fall nicht prädisponiert; vielmehr bilden sie sich weitgehend aufgrund des Informationsverarbeitungsprozesses zu einem Ja oder zu einem Nein. Beim Meinungswandel halten wir eine Veränderung von vorläufigen Entscheidungsabsichten in ihr Gegenteil fest. Es geht hier also um die Änderung von einem anfänglichen Ja zu einem schliesslichen Nein oder umgekehrt.

Einige idealtypische Verläufe der Meinungsbildung

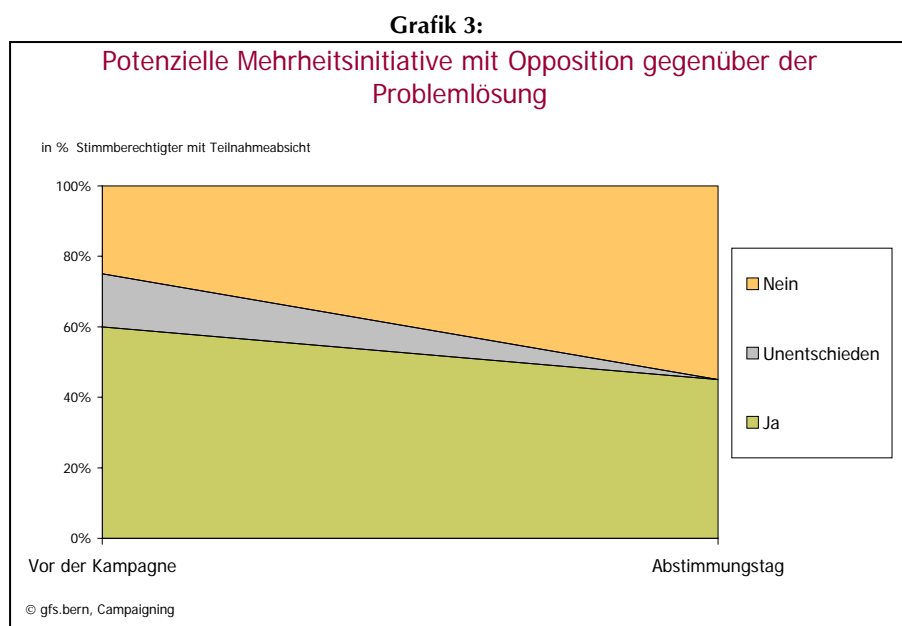
Kombiniert man Umfeldanalyse, Komponenten des Meinungsbildungsprozesses und die Dynamik von Dispositionen in einem konkreten Fall, kann man idealtypische Verläufe formulieren, die im Minimum als Szenarien der kommenden Meinungsbildung, im Maximum als bewährte Prognose für die kommende Entscheidung verwendet werden können. Dabei konnten, trotz intensiver Abklärungen nicht alle denkbaren Prozesse nachgewiesen werden, und die nachweislichen Fälle kommen nicht alle gleich häufig vor. Konzentriert man sich auf die wahrscheinlichsten Fälle, kann man die folgenden, zentralen Formen der (kollektiven) Meinungsbildung bei Volksabstimmungen festhalten:



Der Meinungsaufbau, vor allem bei Behördenvorlagen: In Referendumssituationen ist es nicht selten so, dass die Problemstellung für einen neuen Verfassungsartikel oder für eine Gesetzesänderung der Bevölkerung nicht oder nicht weit herum bekannt ist. Verbreitete prädisponierte Stimmabsichten sind dann nicht zu erwarten. Dies trifft auch

dann zu, wenn eine Abstimmungsvorlage ausgesprochen abstrakt daher kommt, etwa in Form eines allgemein gehaltenen Verfassungsartikels, bei dem man die Brisanz nicht ohne Weiteres erkennt. Wir kennen diesen Fall auch, wenn es sich um eine komplexe Vorlage handelt, bei der die Konsequenz der Entscheidung nicht eindeutig und stark umstritten ist. In all diesen Situationen gehen wir davon aus, dass die Meinungen sich erst im Verlaufe eines Abstimmungskampfes bilden. In der Ausgangslage ist hierfür typisch, dass viele der Bürgerschaft, die sich an der Abstimmung beteiligen wollen, gar keine oder keine festen Stimmabsichten kennen.

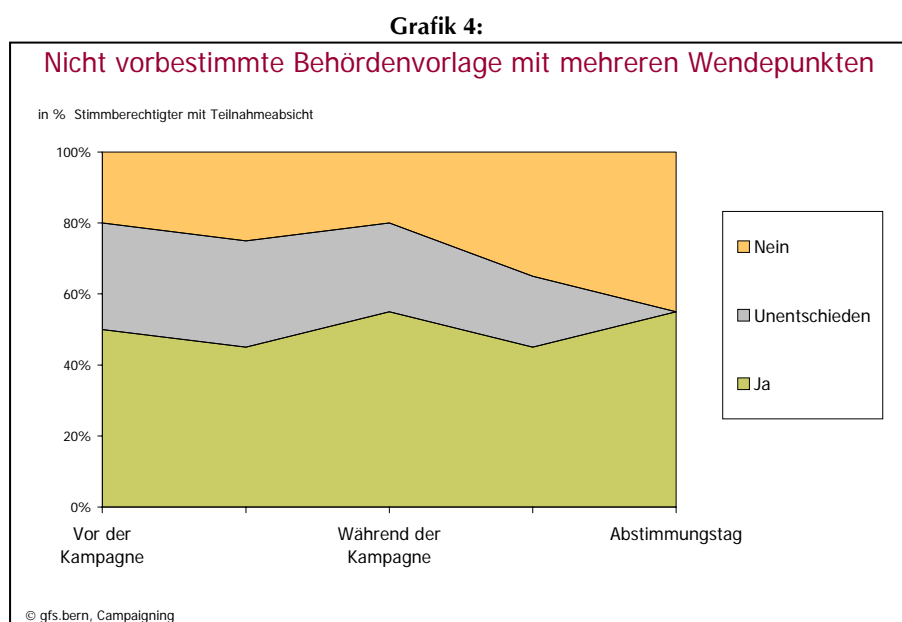
Da unter dieser Bedingung der Abstimmungskampf resp. die während diesem vermittelten Informationen recht wichtig sind, kann man davon ausgehen, dass die Intensität der Kampagnen der Pro resp. der Kontra-Seite die Richtung der Meinungsbildung beeinflussen. Dabei hat die Pro-Seite in der Regel in der Frühphase eines Abstimmungskampfes bei offensiver Themenführung die grössten Chancen meinungsbildend zu wirken, während die Wahrscheinlichkeit von Übergängen ins Nein in der zweiten Hälfte des Abstimmungskampfes steigt. Bei aktiver Themenführung kann die Pro-Seite gleich viele anfänglich Unentschiedene auf ihre Seite ziehen, bei passiver Kampagnenführung durch die Pro-Seite verringert sich dieser Effekt auffällig. Unter dieser Bedingung ist sogar der zweite Fall, der Meinungswandel, denkbar.



Der Meinungswandel, vor allem bei Volksinitiativen: In Initiativsituationen ist die Ausgangslage häufig anders als bei Referenden. Volksabstimmungen über Initiativen gibt es nicht, weil ein Thema durch Regierung und Parlament auf die Behördenagenda gesetzt wurde, die von der Bevölkerungsagenda durchaus differieren kann. Volksinitiativen kommen in der Regel nur dann zustande, wenn es ein für einen Grossteil der Bürgerschaft erkennbares Problem gibt. Das hat zur Folge, dass Entscheidungen zu Volksinitiativen in viel höherem Masse prädisponiert sind: Meist durch das mit der Vorlagen angesprochene Problem, seltener durch die Trägerschaft der Volksinitiative alleine. Das führt dazu, dass die meisten Befragungen zu Beginn der Meinungsbildung zu einer Volksinitiative eine mehrheitliche Zustimmungsbereitschaft festhalten. Diese ändert sich jedoch fast immer während des Prozesses der Meinungsbildung. Meist ist dabei der Problematisierungseffekt, den die Gegenseite in Abstimmungskämpfen auslösen kann, entscheidend. In diesem Fall werden (mehrheitlich) positiv prädisponierte Entscheidungsabsich-

ten mittels Kampagnen verunsichert, und es kommt zu einem Meinungswandel vom anfänglichen Pro ins schliesslich Kontra. Das Gegenteil ist demgegenüber deutlich seltener der Fall; es kann weitgehend ausgeschlossen werden.

Klar festgehalten sei, dass damit nur die zwei häufigsten Typen der Meinungsbildung beschrieben worden sind, und dass die Zuordnung zu Rechtsformen von Abstimmungsvorlagen nicht zu eng verstanden werden darf. Möglich ist auch, dass der Problematisierungseffekt bei Behördenvorlagen eintritt. Der Präkonsens, der durch eine Kompromissvorlagen, die aus dem Parlamentarischen Willensbildungsprozess hervorgegangen ist, kann dann während eines Abstimmungskampfes geknackt werden. Das kommt zwar nicht so häufig vor wie bei Volksinitiativen, ist aber ebenfalls nachweislich. Schliesslich sei auch auf Meinungsbildungsprozesse zu Volksinitiativen mit anfänglich ambivalenten Reaktionen verwiesen, bei denen der unter Meinungsaufbau beschriebene Prozess als Folge eines Abstimmungskampfes erst eintritt.



Alles bisher Geschriebene gilt nur dann, wenn es sich um die üblich langen Abstimmungskämpfe von 4 bis 8 Wochen Dauer handelt. Beträgt die Kampagnenfrist deutlich mehr, sind auch komplexe Meinungsbildungsprozesse denkbar, bei denen es zu mehreren Wendepunkten kommt, in denen bisherige Trends in gegenteilige Entwicklungen umgeleitet werden können. Mehr als ein wirkliches Wendeereignis ist aber selten, und es kommt eigentlich nur bei ganz langen Kampagnen vor, die in der Regel begleitend zum Willensbildungsprozess in den Behörden einsetzen.

(wenn zu lang, den folgenden Teil weglassen)

Weitere Differenzierungen nötig

In aller Kürze ist damit der Standpunkt entwickelt und dargestellt worden, der aus einem realistischen Bild zur Meinungsbildung bei Volksabstimmungen entsteht. Differenziert werden müssen diese Kernaussagen nun noch nach politischen Kulturen, vor allem nach Sprachregionen resp. urbanen und ländlichen Räumen. Unterscheidungen muss man auch hinsichtlich der Parteilager treffen, weil diese auch auf Teilkampagnen reagieren, die (nur) ihre Referenzpartei führt. Schliesslich sind auch zwei weitere Besonderheiten bekannt: Erstens, je kleiner die Stimmbeteiligung ist, desto klarer treten die idealtypischen Prozesse hervor, während sie verschwinden, vor allem im Sinne der aufbauenden Meinungsbildung bei Behördenvorlagen, je höher die Stimmbeteiligung ist. Zweitens hängen die Chancen der positiven Meinungsbildung zu Behördenvorlagen auch davon ab, in welchem Masse ein Vertrauens- oder Misstrauensklima besteht. (bis hier allfällige Kürzung)

Meine vorläufige Bilanz

Meine Bilanz nach 15 Jahren Forschung auf diesem Gebiet lautet: Die Skepsis, die gerade auch an Universitäten zu den Möglichkeiten der Erforschung von Prozessen der Meinungsbildung bei Abstimmungen vorherrschend, ist nicht mehr angezeigt. Richtig ist aber, dass weder die "common sense"-Hypothese zur Stabilität der Meinungsbildung bei Volksabstimmungen zutreffend ist, noch die reinen Analogieschlüsse von der Wahl- auf die Abstimmungsforschung sinnvoll sind. Vielmehr braucht es ein eigenes, theoriefähiges Konzept der Analyse, reichliches empirisch gesichertes Anschauungsmaterial und die Kunst, aus der Verbindung von beidem etwas zu machen.

Der Dispositionsansatz stellt eine - nicht die einzig denkbare! - Vorgehensweise dar. Er hat sich aber im Theorie- und Empirievergleich mehrfach bewährt, sodass man festhalten kann:

- Der Dispositionsansatz hat erstens gegenüber reinen Modellen aus der Expost-Analyse Vorteile, die wesentlichen Komponenten der Analyse wie Ausgangslage, Meinungsbildung und Abstimmungsergebnis konzeptionell differenziert zu erfassen.
- Zweitens hat er als dynamischer Ansatz namentlich gegenüber reinen Einstellungsmessungen die offensichtliche Stärke, die Wirkungen der Informationsverarbeitung in Meinungsbildungsprozessen sinnvoll abschätzen zu können. Das macht ihn besonders für Kampagnenanalysen interessant.

Eigentliche Ereignisprognosen sind aber auch so noch nicht möglich. Das hat einen entscheidenden Grund: Numerisch präzise Prognosen über Unschlüssige bis am Schluss eines beobachtbaren Meinungsbildungsprozesses liegen bisher nicht themenspezifisch genug vor. Was in den letzten 10 Tagen vor einer Volksabstimmung geschieht, kann nur erahnt, bisher aber nicht gemessen werden. Das wird sich so schnell auch nicht ändern, denn in dieser Phase ist es gerade wegen den Auflagen des Verbandes selten, Verlaufsanalysen der Meinungsbildung auf Befragungsbasis zu erstellen.

Empfehlungen an die künftige Meinungsbildung im vsms

Damit sind wir beim Stand der Meinungsbildung im vsms in der aufgeworfenen Frage selber: Diese bleibt nach meiner Einschätzung seit Längerem hinter dem Erkenntnisstand der Forschung zurück, wenn ich mir diese Bemerkung erlauben darf. Richtig ist, dass man die Rahmenbedingungen der Publikation von Befragungen vor Volksabstimmungen formal regelt. Die so aber zugelassene Praxis der Institute weicht unvermindert weit voneinander ab, sodass auch unterschiedliche Befragungsergebnisse in der gleichen Sache weiterhin nicht ausgeschlossen werden können. Nur der Ergebnisvergleich zeigt dabei, welche Ergebnisse und darauf basierende Folgerungen zutreffend sind oder nicht.

Darauf aufbauend formuliere ich hier deshalb einige Forderungen an die Meinungsbildung im Verband, die inhaltlich über die bestehenden Richtlinien hinausweisen:

- Erstens, Schlussfolgerungen aus Einmalbefragungen auf das Abstimmungsergebnis sind immer mit Vorsicht zu geniessen.
- Zweitens, Umfragenvergleiche sollten immer nur zwischen Erhebung desselben Instituts geschehen. Das gilt für alle Publikationen.
- Drittens, Extrapolationen aus Trendbefragungen dürften nicht schematisch gemacht werden, sondern nur mittels gut begründeter Szenarien.

Claude Longchamp
Institutsleiter gfs.bern

Ausführliche Darstellungen des Dispositionsansatzes von gfs.bern (alle Vorträge und Artikel finden sich im Original auf der Website www.gfsbern.ch)

Claude Longchamp: Politische Kampagnen und ihre Wirkungen.

Dieses Referat hielt Claude Longchamp an einer Veranstaltung des IPMZ - Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich am 8. September 2005.

Claude Longchamp: Meinungsbildung in der direkten Demokratie.

Am 1. Juli 2005 fand in Bern ein Weiterbildungsanlass der Berner Public Relations Gesellschaft BPRG mit dem Titel "Die Schweiz - das Blocherland und der Rest" statt. Claude Longchamp hielt an dieser Veranstaltung ein Referat unter dem Titel "Meinungsbildung in der direkten Demokratie".

Claude Longchamp: Demoskopie und Meinungsbildung als Teile der politischen Kommunikation.

Am 7./8. Oktober 2005 führte Claude Longchamp seinen Kurs an der Zürcher Hochschule Winterthur z:w durch zur Thematik "politische Kommunikation". Hier sind die Folien, unterteilt in drei Teile.

Claude Longchamp: Prädisposition, Disposition und Entscheidung. Meinungsbildung zu Volksabstimmungen.

Ein Referat von Claude Longchamp im Rahmen der Vorlesung "Politische Kommunikation in der Schweiz", 11. Dezember 2003

Claude Longchamp: Prädispositionen und Kampagnen.

Der Dispositionsansatz als Instrument der politischen Kommunikation für die Entscheidungsanalyse in der direkten Demokratie (2002)